



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und
Fraktion (AfD)

Deindustrialisierung durch CO₂-Emissionshandel und Energiewende verhindern – Chemische Industrie in Bayern erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Chemieindustrie auf Bundes- und EU-Ebene für folgende energiepolitische Maßnahmen einzusetzen:

1. Der europäische Emissionshandel und die damit verbundene Pflicht zum Erwerb von CO₂-Zertifikaten durch die Industrie sind ersatzlos abzuschaffen.
2. Die nationale CO₂-Bepreisung ist in allen Bereichen vollständig und ersatzlos abzuschaffen.
3. Alle politischen Verbote und Nutzungseinschränkungen von Energieträgern (Kohleausstieg, Atomausstieg) sind rückgängig zu machen.
4. Zur Versorgung des Landes mit Erdöl, Erdgas sowie Kraftstoffen sind alle verfügbaren Lieferstaaten heranzuziehen.
5. Alle politischen Vorgaben zur verpflichtenden Nutzung einer spezifischen Erzeugungstechnologie sind ersatzlos abzuschaffen (Heizungsgesetz/Gebäudeenergiegesetz, Photovoltaik-Pflicht, Wind-an-Land-Gesetz etc.).
6. Alle weiteren Gesetze und Regulierungen, die vorrangig mit dem Ziel der CO₂-Reduktion begründet werden, sind ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Die chemische Industrie in Deutschland steht infolge der verheerenden Energie- und Klimapolitik der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Ruin. Mit dem europäischen Emissionshandel werden insbesondere die Produzenten von chemischen und pharmazeutischen Produkten systematisch belastet – zuletzt in einer Höhe von über 1,2 Mrd. Euro jährlich. Durch die künstliche Verknappung der handelbaren Zertifikate und die daraus resultierenden Preissteigerungen werden die Produktionskosten der Industrie künstlich nach oben getrieben. Gleicher Mechanismus greift mittlerweile auch bei der nationalen CO₂-Bepreisung, von der die chemische Industrie sowie nachgeordnete Wertschöpfungsketten ebenfalls betroffen sind. Sowohl der europäische als auch der nationale CO₂-Zertifikatehandel sind daher ersatzlos abzuschaffen.

Neben den Auswirkungen des Emissionshandels leiden die Unternehmen zusätzlich unter anhaltend hohen Energiepreisen. Der Industriestrompreis liegt in Deutschland mittlerweile bei 18 Cent je Kilowattstunde und damit mehr als doppelt so hoch wie in den USA. Verantwortlich für die hohen Preise ist in erster Linie die künstliche Verknappung des Energieangebots durch Energiewende und Atomausstieg. Zahlreiche Umlagen und Abgaben sowie die Stromsteuer erhöhen den Industriestrompreis zusätzlich.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das hohe Preisniveau politisch herbeigeführt wurde. Alle Gesetze und Regulierungen, die dem Ziel der CO₂-Reduktion dienen, sind daher abzuschaffen. Um in Deutschland die Verfügbarkeit von Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zu erhöhen, muss auch die Außenhandelspolitik neu ausgerichtet werden.

Eine freiwillige Beschränkung auf verhältnismäßig teure Energielieferungen aus den USA ist angesichts der anhaltend hohen Energiepreise verantwortungslos. Deutschland kann es sich als ressourcenarmes Land nicht leisten, beliebig auf wichtige Lieferstaaten zu verzichten. Alle möglichen Bezugsquellen insbesondere für Erdgas, Erdöl sowie Kraftstoffe sind im Hinblick auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen zu prüfen. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Russland kann dabei auch eine deeskalierende Wirkung auf die politischen Beziehungen unserer Länder haben, was unsere Verhandlungsposition bei künftigen diplomatischen Gesprächen erheblich stärken kann.